

# Basisinformationsblatt

## Zweck

Dieses Informationsblatt stellt Ihnen wesentliche Informationen über dieses Anlageprodukt zur Verfügung. Es handelt sich nicht um Werbematerial. Diese Informationen sind gesetzlich vorgeschrieben, um Ihnen dabei zu helfen, die Art, das Risiko, die Kosten sowie die möglichen Gewinne und Verluste dieses Produkts zu verstehen, und Ihnen dabei zu helfen, es mit anderen Produkten zu vergleichen.

## Produkt

Name Gesellschaft/PRIP: UST XXVI GmbH & Co. geschlossene Investment KG (im Folgenden auch „Fonds“ oder „Investmentgesellschaft“)

Hersteller: HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH, Kapstadtring 8, 22297 Hamburg

Der Fonds ist eine in Deutschland aufzulösende geschlossene Investmentkommanditgesellschaft und wird von der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH (im Folgenden auch „HANSAINVEST/wir/uns/Verwaltungsgesellschaft“) verwaltet. Die HANSAINVEST gehört zur SIGNAL IDUNA Gruppe.

LEI / Produktkennung Gesellschaft: 529900UVIEUKLL28DG63

Unsere Website: [www.hansainvest.de](http://www.hansainvest.de)

Weitere Informationen erhalten Sie telefonisch unter: +49 40 300 57-0

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist für die Aufsicht der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH in Bezug auf dieses Basisinformationsblatt zuständig.

Dieses PRIIP ist in Deutschland zugelassen.

Datum der letzten Überarbeitung des Basisinformationsblatts: 29.02.2024

## Sie sind im Begriff, ein Produkt zu erwerben, das nicht einfach ist und schwer zu verstehen sein kann.

## Um welche Art von Produkt handelt es sich?

### Art

Der Fonds ist ein Organismus für gemeinsame Anlagen, der von einer Anzahl von Anlegern Kapital einsammelt, um es gemäß einer festgelegten Anlagestrategie zum Nutzen dieser Anleger zu investieren. Der Fonds hat die Rechtsform einer in Deutschland aufgelegten geschlossenen Investmentkommanditgesellschaft.

### Laufzeit

Der Fonds läuft bis zum 31.12.2034 (Grundlaufzeit). Die Gesellschafter können mit einer Mehrheit von 75% der abgegebenen Stimmen eine Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft bis längstens 31.12.2039 beschließen, sofern die im Gesellschaftsvertrag und den Anlagebedingungen geregelten Voraussetzungen vorliegen, die im Wesentlichen darauf Bezug nehmen, dass die Investmentgesellschaft die Vermögensgegenstände aus wirtschaftlichen, rechtlichen oder steuerlichen Gründen noch nicht veräußern konnte oder wollte. Eine Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft ist außerdem im Wege einer Änderung der Anlagebedingungen nach § 267 KAGB und einer Änderung des Gesellschaftsvertrags mit den vertraglich bestimmten Mehrheitsanforderungen möglich. Die Investmentgesellschaft wird vorzeitig aufgelöst, wenn die Gesellschafter die Auflösung mit einer Mehrheit von 75% der abgegebenen Stimmen beschließen. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft entscheidet unabhängig über eine Zustimmung zu Beschlüssen und deren Durchführung. Die Investmentgesellschaft tritt ohne Gesellschafterbeschluss in Liquidation, wenn sie durch Zeitablauf zum 31.12.2034 bzw. zum 31.12.2039, nach Verlängerung der Laufzeit, endet. Wir sind ausschließlich berechtigt, die Verwaltung des Fonds aus wichtigem Grund unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs (6) Monaten zu kündigen. Die Kündigung muss schriftlich gegenüber der Investmentgesellschaft erfolgen. Die Rückgabe der Beteiligung durch Sie oder die ordentliche Kündigung der Beteiligung durch Sie ist auch im Falle einer Verlängerung der Laufzeit nicht möglich. Es besteht keine Möglichkeit, die Kommanditanteile vorzeitig zurückzugeben. Ihr Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt hiervon unberührt. Die außerordentliche Kündigung bedarf der Schriftform und hat durch eingeschriebenen Brief an die Investmentgesellschaft zu erfolgen. Eine Veräußerung Ihrer Beteiligung ist insbesondere über sog. Zweitmarktplattformen grundsätzlich möglich, es besteht jedoch kein geregelter oder liquider Zweitmarkt, eine Entstehung eines solchen Marktes ist nicht zu erwarten. Zudem ist eine Zustimmung durch die Komplementärin für eine Übertragung von Kommanditanteilen nötig. Daher kann ein Verkauf ggf. nur mit großen Abschlägen oder unter starken Einschränkungen oder gar nicht möglich sein.

### Ziele

Die Anlagepolitik und -strategie der Investmentgesellschaft ist das Einwerben und Investieren von Kommanditkapital, um es für den Erwerb von Beteiligungen an Portfoliogesellschaften zu verwenden, die durch eine direkte Beteiligung von mindestens 54,90% an jeweils einer Objektgesellschaft sowie jeweils eine 0,1%-ige indirekte Beteiligung an der Objektgesellschaft über eine 100%-ige Beteiligung am General Partner (Gesellschafter vergleichbar zum deutschen Komplementär, der für die Geschäftsführung der amerikanischen Objektgesellschaft zuständig ist) der Objektgesellschaft, mittelbar Eigentümerin eines Immobilienobjektes in den USA sein wird. Dabei wird die Erzielung einer Rendite bei angemessenem Risiko angestrebt. Anlageziel ist es, aus den direkt oder indirekt erworbenen Immobilien Erträge zu generieren, die aus der Vermietung und Verpachtung sowie aus der Veräußerung der Immobilien resultieren. Die Portfoliogesellschaften haben ihren jeweiligen Sitz in den USA. Mindestens 75% des investierten Kapitals wird in Immobilien in Metropolregionen (Mindesteinwohnerzahl von 1 Million) im Südosten der USA angelegt. Mindestens 75% des investierten Kapitals werden in Immobilien mit einem jeweiligen Verkehrswert von mindestens 25 Mio. USD angelegt, maximal 25% des investierten Kapitals in Immobilien mit einem jeweiligen Verkehrswert von mindestens 5 Mio. USD. Mindestens 60% des investierten Kapitals wird in Gewerbeimmobilien vom Typ Büro, Logistik oder Handel angelegt, maximal 40% des investierten Kapitals in Wohnimmobilien. Das investierte Kapital ist dabei jeweils das aggregierte eingebrachte Kapital und noch nicht eingeforderte zugesagte Kapital der Investmentgesellschaft nach Abzug der Initialkosten. Die jeweiligen Immobilienobjekte sollen an eine Vielzahl von Mietern unterschiedlicher Nutzung vermietet und sollen nach der Vermietungsphase verwertet werden. Ziel der Investmentgesellschaft ist der Aufbau eines diversifizierten Portfolios bestehend aus Anteilen an einer oder mehrerer Gesellschaften, die nach dem Gesellschaftsvertrag nur Immobilien, sowie die zur Bewirtschaftung dieser Vermögensgegenstände erforderlichen Vermögensgegenstände oder Beteiligungen an solchen Gesellschaften erwerben dürfen. Die zu erwerbenden Immobilien stehen noch nicht fest und die Investmentgesellschaft hat auch noch keine Anteile an einer Portfoliogesellschaft erworben. Die Investitionen erfolgen nach dem Grundsatz der Risikomischung gemäß § 262 Abs. 1 KAGB. Bis zu 40% des investierten Kapitals kann in Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten und Bankguthaben gehalten werden. Die Investmentgesellschaft erwirbt keine Anteile oder Aktien an anderen Investmentvermögen. Auf Ebene des Fonds ist die Aufnahme von Fremdkapital nicht vorgesehen, auf Ebene der Objektgesellschaften ist dies zur teilweisen Finanzierung von Immobilien geplant. Die Fremdkapitalquote darf nicht höher als 150% des aggregierten eingebrachten, noch nicht eingeforderten, zugesagten Kapitals des Fonds sein, Details entnehmen Sie bitte insbes. S. 12 und S. 108f. des Prospekts. Auf Ebene der Portfoliogesellschaft wird ein US-Limited Partner, an dem mindestens 50% der Gesellschaftsanteile entweder von Lothar Estein selbst und/oder einer Gesellschaft aus der Estein-Gruppe, bei der letztlich Lothar Estein wirtschaftlich Berechtigter ist, gehalten oder kontrolliert werden, mit mindestens 10% an den Immobilienobjekten beteiligt sein und gemeinsam mit der Investmentgesellschaft investieren. Der General Partner der Portfoliogesellschaft, welcher stets 1% der Anteile der Portfoliogesellschaft halten wird, erbringt die immobilienbezogenen Leistungen vor Ort. Der General Partner wird zu 100% von Lothar Estein oder einer Gesellschaft aus der Estein-Gruppe gehalten, wobei die Geschäftsführung des General Partners stets von Lothar Estein selbst gestellt wird. Ebenso sind weitere US-Co-Investoren neben der Investmentgesellschaft und dem US-Limited Partner in Bezug auf die Immobilienobjekte auf Ebene der Objektgesellschaft möglich. In Abhängigkeit von der Höhe des platzierten Eigenkapitals der Investmentgesellschaft und der damit in Zusammenhang stehenden Möglichkeit entsprechende Immobilien zu erwerben, kann es sowohl eine als auch mehrere Portfoliogesellschaften geben, die sich dann wiederum an jeweils einer Objektgesellschaft beteiligen, in deren Vermögen sich die jeweilige Immobilie befindet und die diese betreibt. US-Co-Investoren können, müssen aber nicht beteiligt werden. Die Anlagestrategie des Fonds beinhaltet einen aktiven Managementprozess (aktives Management/aktiv verwaltet). Dies bedeutet, dass wir mit Unterstützung des Anlageeräters für den Fonds die zu erwerbenden Vermögensgegenstände auswählen und sodann auf Basis eines festgelegten Investitionsprozesses eine Anlageentscheidung treffen. Zur Erreichung des Anlageziels wird keine Benchmark abgebildet. Der Fonds darf Derivate nur zum Zweck der Absicherung einsetzen. Ein Derivat ist ein Finanzinstrument, dessen Wert – nicht notwendig 1:1 – von der Entwicklung eines oder mehrerer Basiswerte wie z.B. Wertpapieren oder Zinssätzen abhängt.

Die Erträge des Fonds werden grundsätzlich ausgeschüttet, soweit sie nicht nach Auffassung der Geschäftsführung und im Rahmen des Liquiditätsmanagements der HANSAINVEST als angemessene Liquiditätsreserve zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte der Investmentgesellschaft bzw. zur Erfüllung von Zahlungsverbindlichkeiten oder zur Substanzerhaltung bei der Investmentgesellschaft benötigt wird. Der General Partner der Objektgesellschaft soll die betrieblichen Erträge (Operating Cash) grundsätzlich vierteljährlich an die Gesellschafter verteilen, sofern die Mittel verfügbar sind. Außerordentliche Erträge (Capital Event Cash) soll der General Partner der Objektgesellschaft entsprechend den gesellschaftsvertraglichen Regelungen nach Erhalt durch die Objektgesellschaft verteilen. Eine Investition in Beteiligungen ist auch zulässig, wenn die gesellschaftsrechtlichen Vereinbarungen der Portfoliogesellschaften beziehungsweise der Objektgesellschaften eine dispropor-tionale (ungleiche) Gewinnverteilung zwischen den Gesellschaftern vorsehen, sofern im Hinblick auf eine ungleiche Gewinnverteilung bestimmte Mindestvoraussetzungen erfüllt sind. Details hierzu entnehmen Sie bitte der Ziffer 6.3.1 des Prospekts und den Anlagebedingungen.

Verwahrstelle für den Fonds ist die Rödl AIF Verwahrstelle GmbH Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg.

Die im Prospekt abgedruckten Anlagebedingungen sind Bestandteil der Fondsdokumente. Den Prospekt (inklusive Anlagebedingungen) und Jahresbericht (enthält den aktuellen Wert Ihres Fonds) erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache unter: <https://fondswelt.hansainvest.com/de/fondszusammenfassung/3757>.

Wir sind aufgrund gesetzlicher Bestimmungen dazu verpflichtet, Ihnen diese Unterlagen bereitzustellen.

## Kleinanleger-Zielgruppe

Das Angebot der Beteiligung an der Investmentgesellschaft richtet sich an natürliche deutsche Personen (die Komplementärin kann hiervon nach eigenem Ermessen Ausnahmen zulassen; Details entnehmen Sie dem Prospekt unter „2.9 Profil des typischen Anlegers“), die das Ziel der Vermögensbildung bzw. Vermögensoptimierung verfolgen und langfristig investieren wollen. Dieser Fonds richtet sich an Anleger, die gezielt in eine unternehmerische Beteiligung investieren möchten und darüber hinaus die Risiken eines mittelbaren Investments in ausländische Grundstücke und Immobilien tragen können. Sie sollten in der Lage sein, Verluste bis zur Höhe des eingesetzten Kapitals (inklusive des Aufgabaufschlags) zu tragen und keine Garantie bezüglich der Rückzahlung des investierten Anlagebetrages und der Auszahlungen benötigen. Eine Beteiligung an der Investmentgesellschaft ist nicht für Sie geeignet, wenn Sie Ihr Geld vor dem Ende der Laufzeit aus der Investmentgesellschaft wieder zurückziehen wollen. Sie müssen im Falle einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft bereit sein, Ihr eingesetztes Kapital im Rahmen der Beteiligung für die gesamte Laufzeit der Investmentgesellschaft zu binden. Sie müssen insbesondere dazu bereit sein, Ihr Kapital auch im Falle einer Verlängerung der Grundlaufzeit des Fonds auch für die Verlängerungsphase zu binden. Sie sollten nicht auf Einkünfte aus dem Fonds angewiesen sein und keinen Bedarf haben, während der Laufzeit des Fonds über das angelegte Kapital sowie angestrebte Auszahlungen zu verfügen. Wir empfehlen Ihnen ausdrücklich, zur Finanzierung Ihrer Einlage zuzüglich des Ausgabeaufschlags kein Fremdkapital aufzunehmen, die Beteiligung an der Investmentgesellschaft sollte nur einen hierfür angemessenen Teil Ihres Vermögens ausmachen. Die Beteiligung eignet sich nicht für Sie, wenn Sie eine Kapitalanlage mit fester Verzinsung und einer heute schon feststehenden Rückzahlung des eingesetzten Kapitals zu einem bestimmten Zeitpunkt anstreben und/oder wenn Sie auf eine ggf. kurzfristige Veräußerbarkeit der Beteiligung angewiesen sind. Da Sie mit dieser unternehmerischen Beteiligung ein langfristiges Engagement eingehen, sollten in die Anlageentscheidung alle in Betracht kommenden Risiken einbezogen werden, die in diesem Dokument nicht vollständig und abschließend erläutert werden können. Eine ausführliche Darstellung der Risiken ist ausschließlich dem Prospekt im Kapitel „7 Risiken“ zu entnehmen. Der Mindestzeichnungsbetrag beträgt USD 20.000 zzgl. eines Ausgabeaufschlags. Höhere Beteiligungen müssen auf einen durch 1.000 ohne Rest teilbaren höheren US-Dollar-Betrag lauten. Bei Fragen zum vorliegenden Beteiligungsangebot sollten Sie sich durch unabhängige Fachleute beraten lassen, beispielsweise zu steuerlichen und rechtlichen Fragen durch Steuerberater und Rechtsanwälte. Diese Einschätzung stellt keine Anlageberatung dar, da Ihre persönlichen Umstände nicht berücksichtigt werden, sondern soll Ihnen nur einen ersten Anhaltspunkt geben, ob der Fonds Ihrer Anlageerfahrung, Ihrer Risikoneigung und Ihrem Anlagehorizont entspricht.

## Welche Risiken bestehen und was könnte ich im Gegenzug dafür bekommen?

### Risikoindikator



Der Gesamtrisikoindikator hilft Ihnen, das mit diesem Produkt verbundene Risiko im Vergleich zu anderen Produkten einzuschätzen. Er zeigt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass Sie bei diesem Produkt Geld verlieren, weil sich die Märkte in einer bestimmten Weise entwickeln oder wir nicht in der Lage sind, Sie auszubezahlen. Wir haben dieses Produkt auf einer Skala von 1 bis 7 in die Risikoklasse 6 eingestuft, wobei 6 der zweithöchsten Risikoklasse entspricht.

Das Risiko potenzieller Verluste aus der künftigen Wertentwicklung wird als hoch eingestuft. Bei ungünstigen Marktbedingungen ist es sehr wahrscheinlich, dass unsere Fähigkeit beeinträchtigt wird, Sie auszuzahlen.

**Der Risikoindikator beruht auf der Annahme, dass Sie das Produkt rund 11 Jahre (exakt bis zum 31.12.2034) halten.**

**Sie können die Anlage nicht frühzeitig einlösen.**

**Sie können Ihr Produkt möglicherweise nicht ohne Weiteres verkaufen oder Sie müssen es unter Umständen zu einem Preis verkaufen, der sich erheblich auf Ihren Erlös auswirkt.**

**Bitte beachten Sie das Währungsrisiko. Sie erhalten Zahlungen in einer anderen Währung, sodass Ihre endgültige Rendite vom Wechselkurs zwischen den beiden Währungen abhängen wird. Dieses Risiko ist bei dem oben angegebenen Indikator nicht berücksichtigt.**

Weitere Risiken (operationelle Risiken, Immobilien-, Projektentwicklungs-, Liquiditäts-Risiken, Risiko Ihrer Zahlungsunfähigkeit oder Ihrer Insolvenz etc.) und Informationen dazu können Sie dem Prospekt unter „7“ entnehmen.

Bitte beachten Sie die Angaben im Abschnitt „Wie lange soll ich die Anlage halten, und kann ich vorzeitig Geld entnehmen?“.

Dieses Produkt beinhaltet keinen Schutz vor künftigen Marktentwicklungen, sodass Sie das angelegte Kapital ganz oder teilweise verlieren könnten.

## Performance-Szenarien

Was Sie bei diesem Produkt am Ende herausbekommen, hängt von der künftigen Marktentwicklung ab. Die künftige Marktentwicklung ist ungewiss und lässt sich nicht mit Bestimmtheit vorhersagen.

Die dargestellten Szenarien beruhen auf Ergebnissen aus der Vergangenheit und bestimmten Annahmen. Die Märkte könnten sich künftig völlig anders entwickeln.

<b>Empfohlene Haltedauer:</b>	<b>gerundet 11 Jahre (exakt bis zum 31.12.2034)</b>	
<b>Anlagebeispiel:</b>	<b>10.000 USD</b>	
<b>Szenarien</b>		<b>Wenn Sie nach rund 11 Jahren aussteigen</b>
<b>Minimum</b>	Es gibt keine garantierte Mindestrendite. Sie könnten Ihre Anlage ganz oder teilweise verlieren.	
<b>Stressszenario</b>	Was Sie am Ende nach Abzug der Kosten herausbekommen könnten	0 USD
	Jährliche Durchschnittsrendite	-100%
<b>Pessimistisches Szenario</b>	Was Sie am Ende nach Abzug der Kosten herausbekommen könnten	12.640 USD
	Jährliche Durchschnittsrendite	1,7%
<b>Mittleres Szenario</b>	Was Sie am Ende nach Abzug der Kosten herausbekommen könnten	15.800 USD
	Jährliche Durchschnittsrendite	3,8%
<b>Optimistisches Szenario</b>	Was Sie am Ende nach Abzug der Kosten herausbekommen könnten	18.960 USD
	Jährliche Durchschnittsrendite	5,7%

In den angeführten Zahlen sind sämtliche Kosten des Produkts selbst enthalten, jedoch unter Umständen nicht alle Kosten, die Sie an Ihren Berater oder Ihre Vertriebsstelle zahlen müssen, sowie die Kosten Ihres Beraters oder Ihrer Vertriebsstelle. Unberücksichtigt ist auch Ihre persönliche steuerliche Situation, die sich ebenfalls auf den am Ende erzielten Betrag auswirken kann.

Das Stressszenario zeigt, was Sie unter extremen Marktbedingungen zurückbekommen könnten.

Die anderen Szenarien basieren auf einem nach vernünftigem Ermessen ermittelten Schätzwert. Sie stellen mögliche Ergebnisse ausgewogen dar. Da eine vorzeitige Rückgabe nicht möglich ist, wird nur eine Haltedauer ausgewiesen, die der vorgeschriebenen Haltedauer entspricht.

Dieses Produkt kann nicht eingelöst werden.

## Was geschieht, wenn die HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH nicht in der Lage ist, die Auszahlung vorzunehmen?

Der Ausfall der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH hat keine direkten Auswirkungen auf Ihre Auszahlung aus dem Fonds. Soweit der Fonds selbst aufgrund Zahlungsunfähigkeit oder Vermögenslosigkeit Auszahlungen an Sie nicht vornehmen kann, ist dieser Verlust nicht durch ein Entschädigungs- oder Sicherungssystem für Anleger gedeckt.

## Welche Kosten entstehen?

Die Person, die Ihnen dieses Produkt verkauft oder Sie dazu berät, kann Ihnen weitere Kosten berechnen. Sollte dies der Fall sein, teilt diese Person Ihnen diese Kosten mit und legt dar, wie sich diese Kosten auf Ihre Anlage auswirken werden.

### Kosten im Zeitverlauf

In den Tabellen werden Beträge dargestellt, die zur Deckung verschiedener Kostenarten von Ihrer Anlage entnommen werden. Diese Beträge hängen davon ab, wie viel Sie anlegen, wie lange Sie das Produkt halten und wie gut sich das Produkt entwickelt. Die hier dargestellten Beträge veranschaulichen einen beispielhaften Anlagebetrag und einen Anlagezeitraum von gerundet 11 Jahren (exakt bis zum 31.12.2034).

Wir haben folgende Annahme zugrunde gelegt:

- Für die Halteperiode von 11 Jahren haben wir angenommen, dass sich das Produkt wie im mittleren Szenario dargestellt entwickelt
- 10.000 USD werden angelegt

<b>Anlage:</b>	<b>10.000 USD</b>	
<b>Szenarien</b>		<b>Wenn Sie nach rund 11 Jahren aussteigen</b>
<b>Kosten insgesamt</b>		4.680 USD
<b>Jährliche Auswirkungen der Kosten(*)</b>		4,8% pro Jahr

(\*)Diese Angaben veranschaulichen, wie die Kosten Ihre Rendite pro Jahr während der Haltedauer verringern. Wenn Sie zum Ende der empfohlenen Haltedauer aussteigen, wird Ihre durchschnittliche Rendite pro Jahr voraussichtlich 6,5% vor Kosten und 3,8% nach Kosten betragen. (Bitte beachten Sie: Die in der Tabelle ausgewiesenen jährlichen Auswirkungen der Kosten entsprechen der Differenz zwischen dem internen Zinsfuß ohne Kosten (9,3%) und mit Kosten (4,5%). Der interne Zinsfuß unterscheidet sich von der durchschnittlichen Rendite pro Jahr.)

Wir können einen Teil der Kosten zwischen uns und der Person aufteilen, die Ihnen das Produkt verkauft, um die für Sie erbrachten Dienstleistungen zu decken. Diese Zahlen enthalten die höchste Vertriebsgebühr, die die Person, die Ihnen das Produkt verkauft, berechnen kann (10% des Anlagebetrags). Diese Person teilt Ihnen die tatsächliche Vertriebsgebühr mit.

### Zusammensetzung der Kosten

<b>Einmalige Kosten bei Einstieg oder Ausstieg</b>		<b>Wenn Sie nach rund 11 Jahren aussteigen</b>
<b>Einstiegskosten</b>	Bis zu 15,5% des Betrags, den Sie beim Einstieg in diese Anlage zahlen	1.545 USD
<b>Ausstiegskosten</b>	Bis zu 0,0% Ihrer Anlage, bevor sie an Sie ausgezahlt wird	0 USD
<b>Laufende Kosten</b>		
<b>Verwaltungsgebühren und sonstige Verwaltungs- oder Betriebskosten</b>	1,6% des Werts Ihrer Anlage pro Jahr. Hierbei handelt es sich um eine Schätzung auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten des letzten Jahres. Sollten keine tatsächlichen Kosten des letzten Jahres vorliegen (z.B. bei Neuauflagen oder Übernahmen), werden die Kosten basierend auf den Anlagegrundsätzen und den vereinbarten Gebühren geschätzt.	1.815 USD
<b>Transaktionskosten</b>	1,2% des Werts Ihrer Anlage pro Jahr. Hierbei handelt es sich um eine Schätzung der Kosten, die anfallen, wenn wir die zugrunde liegenden Anlagen für das Produkt kaufen oder verkaufen. Der tatsächliche Betrag hängt davon ab, wie viel wir kaufen und verkaufen.	1.320 USD
<b>Zusätzliche Kosten unter bestimmten Bedingungen</b>		
<b>Erfolgsgebühren</b>	0,0% Die Erfolgsvergütung auf Ebene der Portfoliogesellschaften beträgt max. 25% aller weiteren Auszahlungen aus Gewinnen der jeweiligen Portfoliogesellschaft an den Fonds entsprechend seiner Beteiligung (pro rata), nachdem dieser 110% seiner Einzahlungen & eine durchschnittliche jährliche Verzinsung iHv 6% auf diese Einzahlungen erhalten hat. Der tatsächliche Betrag hängt davon ab, wie gut sich Ihre Anlage entwickelt. Die vorstehende Schätzung der kumulierten Kosten enthält den Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Sollten für ein oder mehrere Jahre keine tatsächlichen Kosten vorliegen (z.B. bei Neuauflagen oder Übernahmen), werden diese Kosten basierend auf den Anlagegrundsätzen und den vereinbarten Gebühren geschätzt.	0 USD

## Wie lange sollte ich die Anlage halten, und kann ich vorzeitig Geld entnehmen?

### Vorgeschriebene Haltedauer: gerundet 11 Jahre (exakt bis zum 31.12.2034)

Die Anlage kann über den gesamten Zeitraum des Investments nicht vorzeitig aufgelöst werden. Der Zeitraum bis zum Ablauf der vorgeschriebenen Haltedauer beträgt zum Erstellungszeitpunkt dieses Dokuments gerundet 11 Jahre. Wir haben daher als vorgeschriebene Haltedauer 11 Jahre für die Ermittlung der Werte in diesem Dokument angenommen. Dieses Produkt ist geeignet für langfristige Investitionen. Das Produktkonzept sieht eine lange Haltedauer vor, da die Vermögensgegenstände längerfristigen Investitions- und Finanzierungszyklen unterliegen. Die vorgeschriebene Mindesthaltedauer ist bis zum 31.12.2034 vorgesehen (Grundhaltedauer). Es besteht die Möglichkeit der Verlängerung bis zum 31.12.2039. Sollte eine Verlängerung erfolgen, beträgt die Haltedauer insgesamt 16 Jahre. Es fallen keine Rücknahmekosten an, da die Kommanditanteile bis zur Auflösung der Fondsgesellschaft gehalten werden müssen. Bitte beachten Sie, dass beim Verkauf am Zweitmarkt gegebenenfalls Transaktionskosten in Rechnung gestellt werden. Details zu einem Ihnen ggf. zustehenden Widerrufsrecht entnehmen Sie bitte insbesondere „14.7 Widerrufsrecht“ sowie „14.12 Widerrufsbelehrung“ des Prospekts.

Informationen zur Rückgabe und zu möglichen Rückgabe- und Haltefristen können Sie dem Abschnitt „Um welche Art von Produkt handelt es sich?“ unter dem Unterpunkt „Laufzeit“ entnehmen.

Weitergehende Informationen können Sie dem Abschnitt „Welche Kosten entstehen?“ entnehmen.

## Wie kann ich mich beschweren?

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, Beschwerden über den Fonds oder über unser Verhalten oder der Person, die zu dem Produkt berät oder es verkauft online, per Post oder telefonisch an uns zu übermitteln.

Schreiben Sie an [compliance@hansainvest.de](mailto:compliance@hansainvest.de), oder postalisch an HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH, Abteilung Compliance, Kapstadtring 8, 22297 Hamburg oder rufen Sie uns an unter +49 40 300 57-0

Nähere Informationen erhalten Sie unter <https://www.hansainvest.de/unternehmen/compliance/bearbeitung-von-beschwerden-bei-der-hansainvest>

## Sonstige zweckdienliche Angaben

Das Basisinformationsblatt ist in folgenden Sprachen erhältlich: Deutsch.


Ihre Einkünfte aus der Beteiligung an der Investmentgesellschaft unterliegen ggf. in den USA der Besteuerung. Sofern Sie als natürliche Person in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind und die Einkünfte aus der Investmentgesellschaft Einkünfte aus Gewerbebetrieb darstellen, kann dies Auswirkungen auf Ihre steuerliche Situation haben. Die gewerblichen Einkünfte sind grundsätzlich in Deutschland nach dem Doppelbesteuerungsabkommen unter einem sog. Progressionsvorbehalt steuerfrei gestellt. Sie sind daher lediglich im Rahmen der Bemessung des auf die sonstigen in Deutschland steuerpflichtigen Einkünfte anzuwendenden Steuersatzes zu berücksichtigen. Die steuerliche Behandlung hängt jedoch von Ihren persönlichen Verhältnissen ab und kann künftigen Änderungen unterworfen sein. Zur Klärung individueller steuerlicher Fragen sollten Sie einen steuerlichen Berater einschalten.

Bitte beachten Sie, dass in diesem Dokument aus regulatorischen Gründen unterschiedliche Regelungen für die Rundung von Geldbeträgen und Prozentwerten Anwendung finden. Es können Rundungsdifferenzen und Abweichungen zu anderen Unterlagen für dieses Produkt auftreten.

## EX-ANTE KOSTENINFORMATION

Nachfolgende Darstellung zeigt eine beispielhafte Zusammenstellung der gemäß der MIFID-II-DVO auszuweisenden Kosten. Die Daten basieren auf der internen Plausibilitätsberechnung der KVG. Hierbei handelt es sich zum Teil um Schätzungen. Die tatsächlichen Kosten können abweichen. Der Vertriebspartner sollte die Darstellung unbedingt plausibilisieren bevor er diese an Endkunden weiterreicht. Eine Haftung der KVG für das Dokument, welches dem Kunden auszuhändigen ist, ist ausgeschlossen.

Gegenstand dieses Dokuments ist die gesetzlich vorgeschriebene Information vor Geschäftsabschluss über die voraussichtlichen Kosten bezogen auf Ihre Kapitalanlage. Bei den Daten handelt es sich um Schätzungen auf der Grundlage von Annahmen. Die tatsächlichen Kosten können hiervon abweichen.

Angaben des Kunden	Datum	Angaben des Vertriebspartners/Vermittlers
Name, Vorname	Erstellt am	 Smartbroker AG FondsDISCOUNT.de Ritterstraße 11 10969 Berlin Telefon 030 2757764-50 Fax: 030 2757764-15
Straße, Haus-Nr.		
PLZ, Ort		
Telefon/Telefax		
E-Mail-Adresse		

Die Smartbroker AG hat die Richtigkeit und Plausibilität der angenommenen Werte nicht überprüft.

<b>Produkt</b>	<b>UST XXVI GmbH &amp; Co. geschlossene Investment KG</b>
<b>Art des Finanzinstruments</b>	risikogemischtes geschlossenes Investmentvermögen
<b>Geplante Haltedauer / Laufzeit</b>	Jahre
<b>Umfang der Kostendarstellung</b>	Umfang der Kostendarstellung

			in USD	in %
<b>Beteiligungsbetrag</b>				100,00 %
<b>Ausgabeaufschlag</b>				%
<b>Anlagebetrag (Einzahlungsbetrag)</b>				%

1) Aufstellung der Kostenpositionen und Vertriebsvergütungen (Zuwendungen) bezogen auf den Beteiligungsbetrag				
			in USD	in %*
<b>Einstiegskosten (einmalig)</b>				
Transaktionskosten und Erwerbsgebühr				%
Dienstleistungskosten				%
Vertriebskosten				%
davon Zuwendung an den Vermittler in USD und in %			%	
Produktkosten				%
Initialkosten				%
<b>Laufende Kosten (p.a.)</b>				
Produktkosten				%
davon Zuwendung an den Vermittler in USD und in %			%	
<b>Ausstiegskosten (einmalig)</b>				
Transaktionskosten (Verkaufskosten der Immobilien)				%
Produktkosten				%
Dienstleistungskosten				%
davon Zuwendung an den Vermittler in USD und in %			%	

2) Kostenzusammenfassung bei einer angenommenen Haltedauer von 11 Jahren bezogen auf den Beteiligungsbetrag				
			in USD	in %* p. a.
Transaktionskosten und Erwerbsgebühr				%
Produkt- und Dienstleistungskosten				%
Verkaufsgebühren				%
laufende Kosten				%

<b>Gesamtkosten</b>				%
davon Zuwendung an den Vermittler in USD und in % p.a			%	

3) Auswirkungen der Kosten auf die Rendite der Anlage bezogen auf den Beteiligungsbetrag				
Kosten im	1. Jahr	2. bis 11. Jahr	zusätzlich im Verkaufsjahr	
in % des Beteiligungsbetrages	%	%		%

Vorstehende Tabelle veranschaulicht exemplarisch die kumulative Wirkung der Kosten auf die Rendite der Anlage. Die Darstellung enthält keine Aussagen über die Höhe der Rendite selbst. Die Kosten verringern die Rendite während der angenommenen Haltedauer. Im ersten Jahr machen sich vor allem die Einstiegskosten bemerkbar, d.h. die Kosten für den Erwerb des Finanzinstruments bzw. die produktbezogenen Transaktionskosten. Die laufenden Kosten variieren tatsächlich in Abhängigkeit von der Entwicklung des Nettoinventarwerts. Zum Zeitpunkt des Verkaufs der Immobilie macht sich die einmalige Vergütung hierfür bemerkbar, diese ist abhängig von der Höhe des Verkaufspreises.

### Hinweise und Erläuterungen

Die Kosteninformationen beziehen sich auf die angenommene Haltedauer von 11 Jahren. Eine abweichende Haltedauer ist nicht berücksichtigt. Die tatsächlichen Kosten können z.B. in Abhängigkeit der Haltedauer sowie der Wertentwicklung der Anlageobjekte (Immobilien) variieren. Die Zahlen sind Schätzungen und können in der Zukunft anders ausfallen.

\* Die %-Angaben sind kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Zuletzt geändert am 08.04.2024

Mit dem nachfolgenden Datenschutzhinweis informieren wir Sie darüber, wie wir, die UST Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen Ihrer (mittelbaren) Beteiligung an der UST XXVI GmbH & Co. geschlossene Investment KG verarbeiten und welche Rechte Ihnen aus den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehen.

**1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Verantwortlich gemäß Art. 4 Abs. 7 DSGVO ist die UST Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Schaumainkai 85, 60596 Frankfurt am Main.

Wir haben für unser Unternehmen einen externen Datenschutzbeauftragten bestellt.

Hinweise zum Datenschutz und zum Datenschutzbeauftragten finden Sie unter [www.ustreuhand.de/34/datenschutzerklaerung/](http://www.ustreuhand.de/34/datenschutzerklaerung/)

**2. Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen, sowie die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung**

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns im Einklang mit dem geltenden Datenschutzrecht, insbesondere der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), zu folgenden Zwecken verarbeitet:

**• Erfüllung eines Vertrages oder Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO)**

Soweit es zur Durchführung und Erfüllung der Verträge mit Ihnen sowie zur vorvertraglichen und vertragskonformen Kommunikation mit Ihnen erforderlich ist, verarbeiten wir folgende Ihrer personenbezogenen Daten:

- Daten zu Ihrer Person (Name, Geburtsdatum, Geburtsort und -land, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Beruf)
- Personalausweisdaten/Reisepassdaten
- Kontaktdaten (Wohnadresse und ggf. davon abweichende Kontaktadresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer)
- Steuerliche Daten (Wohnsitzfinanzamt, Steuernummer, Steueridentifikationsnummer, US-Steuerdaten, insbesondere ITIN)
- Kontendaten
- Überweisungsbankdaten
- Angaben über den jeweiligen Kapitalanteil an US-Immobilien Gesellschaften

Ohne diese Datenverarbeitung können wir keinen Vertrag mit Ihnen schließen oder die bereits mit Ihnen geschlossenen Verträge (weiter) erfüllen.

**• Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO)**

Sofern erforderlich, verarbeiten wir Ihre jeweils relevanten personenbezogenen Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der wir unterliegen, insbesondere zur Meldung einer Selbstauskunft gemäß dem US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) und dem Common Reporting Standard (CRS) sowie zur Vornahme der Identifizierung nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (GWG). Im letzten Fall stützt sich die Datenverarbeitung auf § 11a GWG.

Wenn die Bereitstellung der personenbezogenen Daten gesetzlich vorgeschrieben ist (wie beispielsweise die zu Ihrer Identifikation im Sinne des § 11 GWG erforderlichen Daten), können wir keinen Vertrag mit Ihnen schließen oder die bereits mit Ihnen geschlossenen Verträge (weiter) erfüllen, sollten Sie uns nicht die betreffenden Daten zur Verfügung stellen.

**• Wahrung berechtigter Interessen (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO)**

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten auch, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen und der berechtigten Interessen eines Dritten erforderlich ist und sofern nicht Ihre Interessen oder Grundfreiheiten, die den Schutz Ihrer personenbezogener Daten erfordern, überwiegen.

Ggf. nutzen wir Ihren Namen, Ihre Anschrift und/oder Ihre E-Mail-Adresse, um Ihnen Informationen zu unseren Produkten zukommen zu lassen, welche denen ähnlich sind, die Sie als Anleger bereits bei uns erworben haben.

Zu den aufgeführten Zwecken kann es auch vorkommen, dass wir personenbezogene Daten von Dritten (bspw. Finanzamt) oder aus öffentlich zugänglichen Quellen (bspw. Handels- und Melderegistern) erheben.

**3. Empfänger der personenbezogenen Daten**

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten nur diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) können zu diesen Zwecken Daten erhalten. Dies sind beispielsweise unsere (IT-)Dienstleister oder externe Rechenzentren. Wir geben Ihre personenbezogenen Daten zu den in Ziffer 2 genannten Zwecken unter anderem an die folgenden Stellen/Unternehmen weiter:

- **UST XXVI GmbH & Co. geschlossene Investment KG**, Schaumainkai 85, 60596 Frankfurt am Main, nachfolgend auch „Investmentgesellschaft“ genannt;
- **HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH**, Kapstadtring 8, 22297 Hamburg, als Kapitalverwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft und insofern eigenverantwortliche Stelle im Sinne der DSGVO. Die Hinweise zum Datenschutz durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft und Ihre Rechte in diesem Zusammenhang finden Sie unter: [fondswelt.hansainvest.com/de/datenschutz/](http://fondswelt.hansainvest.com/de/datenschutz/)
- **Rödl AIF Verwahrstelle GmbH Steuerberatungsgesellschaft**, Kehrvieler 9, 20457 Hamburg, als zuständige Verwahrstelle
- **Rödl Treuhand Hamburg GmbH Steuerberatungsgesellschaft**, Kehrvieler 9, 20457 Hamburg, als mit der Anlegerverwaltung beauftragte Gesellschaft
- **US Treuhand Vertriebsgesellschaft mbH**, Schaumainkai 85, 60596 Frankfurt am Main, als mit dem Vertrieb beauftragte Gesellschaft
- **UST Komplementär GmbH**, Schaumainkai 85, 60596 Frankfurt am Main, als Komplementärin der Investmentgesellschaft
- **HI Finance 1 Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH**, Kapstadtring 8, 22297 Hamburg, als geschäftsführende Kommanditistin der Investmentgesellschaft

Darüber hinaus werden wir Ihre personenbezogenen Daten gegebenenfalls an Kreditinstitute, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwälte weitergeben, soweit hierfür eine Erlaubnisgrundlage besteht und dies erforderlich ist. Im Rahmen unserer gesetzlichen Pflichten erhalten auch staatliche Stellen Ihre personenbezogenen Daten.

**4. Drittlandsübermittlung**

Im Rahmen Ihrer mittelbaren Beteiligung an US-Immobilien Gesellschaften ist auch eine Steuererklärung gegenüber den zuständigen US-Behörden abzugeben. Hierfür setzen wir einen Dienstleister ein. Zudem werden Ihre Daten an in die geplante Struktur eingebundene US-Gesellschaften übermittelt. Sofern an unseren Dienstleister personenbezogene Daten übermittelt werden, geschieht dies ausschließlich vorbehaltlich geeigneter Garantien im Sinne des Art. 46 DSGVO, insbesondere vorbehaltlich des Abschlusses von Standarddatenschutzklauseln (Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO). Müssen personenbezogene Daten an US-Behörden übermittelt werden, erfolgt dies nur, inwieweit die Übermittlung für die Erfüllung des von Ihnen geschlossenen Vertrages erforderlich ist (Art. 49 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO) oder eine andere Ausnahme die Drittlandsübermittlung ohne geeignete Garantien nach Art. 46 DSGVO erlaubt. Gleiches gilt für die Datenübermittlung an in die geplante Struktur eingebundene US-Gesellschaften.

**5. Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden**

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Bitte beachten Sie, dass unsere Geschäftsbeziehung ein Dauerschuldverhältnis ist, welches auf mehrere Jahre angelegt ist.

Sobald die Daten für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten nicht mehr erforderlich sind, werden sie in der Regel gelöscht, es sei denn, ihre Weiterverarbeitung ist zur Erfüllung handels-, steuerrechtlicher oder anderer rechtlicher Aufbewahrungspflichten, bspw. nach dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO), dem Geldwäschegesetz (GWG) oder dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) oder zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften erforderlich. Die handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen betragen bis zu zehn Jahre nach Ende der Vertragsbeziehung.

**6. Rechte der betroffenen Personen**

Sie können folgende Rechte uns gegenüber geltend machen:

- **Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten** (Art. 7 Abs. 3 DSGVO);
- **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DSGVO);
- **Recht auf Berichtigung oder Löschung** (Art. 16 und 17 DSGVO);
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DSGVO);
- **Recht auf Datenübertragbarkeit** (Art. 20 DSGVO);
- **Recht auf Widerspruch gegen eine Verarbeitung** (Art. 21 DSGVO);
- **Beschwerderecht bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde** (Art. 77 DSGVO)

Bitte wenden Sie sich zur Geltendmachung Ihrer Rechte möglichst zunächst an obenstehenden Datenschutzbeauftragten unter dem angegebenen Kontakt; das Beschwerderecht bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde steht Ihnen abweichend davon jederzeit und unmittelbar zu.

**Information über das Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen. Sofern Sie Widerspruch einlegen, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an:

UST Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH  
Schaumainkai 85, 60596 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 (0) 69 6380 939 - 0, Fax: +49 (0) 69 6380 939 - 29  
E-Mail: [fonds@ustreuhand.de](mailto:fonds@ustreuhand.de); [www.ustreuhand.de](http://www.ustreuhand.de)

Änderungen dieser Datenschutzhinweise sind vorbehalten. Die Angabe „zuletzt geändert am“ zu Beginn dieser Datenschutzhinweise gibt das Datum der letzten Überarbeitung an. Änderungen werden mit Veröffentlichung der letzten überarbeiteten Version dieser Datenschutzhinweise wirksam. Im Falle einer Änderung werden wir Ihnen die jeweils aktuelle Version der Datenschutzhinweise gesondert per Post bzw. E-Mail zur Verfügung stellen.

**ANLAGE 2:  
EINZAHLUNGSMÖGLICHKEITEN BEI DER UST XXVI GMBH & CO. GESCHLOSSENE INVESTMENT KG**

Auf folgende Bankverbindung überweisen Sie bitte Ihre Einzahlungen:

**Kontoinhaber:** UST XXVI GmbH & Co. geschlossene Investment KG  
**Bank:** Commerzbank Frankfurt am Main  
**IBAN:** DE07 5004 0000 0591 0443 03  
**BIC:** COBADEFFXXX  
**Verwendungszweck:** Name des Anlegers, Anlegernummer

Einzahlungen auf das oben genannte Konto können sowohl in USD als auch in EUR erfolgen. Die Überweisung ist kosten- und spesenfrei für den Empfänger auf das o.g. Konto der Investmentgesellschaft zu leisten (d.h. der Überweisende trägt alle Gebühren). Bitte beachten Sie auch die nachfolgenden Hinweise.

**US-Dollar-Überweisung:**

Für den Zahlungseingang ist das Buchungsdatum auf dem obigen Konto relevant. Über etwaige von Ihnen zu tragende Gebühren informieren Sie sich bitte vorab bei Ihrer Bank.

**Euro-Überweisung:**

Überweisung des ungefähren Euro-Gegenwertes des einzuzahlenden US-Dollar-Betrages (Kapitaleinlage zzgl. Ausgabeaufschlag). Den aktuellen Wechselkurs erfahren Sie von Ihrer Bank.

Der Währungstausch erfolgt i. d. R. am nächsten Bankarbeitstag nach Zahlungseingang. Trotz des zeitnahen Umtauschs der eingehenden Euro-Beträge trägt der Anleger das Risiko etwaiger Dollarkursveränderungen bis zum Ankauf des Dollarbetrages.

**Bitte tragen Sie daher insbesondere dafür Sorge, dass ein ausreichend hoher Euro-Betrag von Ihnen überwiesen wird.** Bitte beachten Sie in diesem Zusammenhang, dass Ihr Beitritt unter der aufschiebenden Bedingung der vollständigen und fristgerechten Zahlung der Kapitaleinlage zzgl. Ausgabeaufschlag in **US-Dollar** steht.

Für diesen Zahlungseingang ist das Buchungsdatum des angekauften US-Dollar-Betrages relevant. Differenzbeträge aus dem Währungstausch werden umgehend in Euro erstattet. Für den Fall, dass eine Nachforderung in Euro erforderlich wird, ist der Zahlungseingang erst dann vollständig, wenn der insgesamt angekaufte US-Dollar-Betrag mindestens der Kapitaleinlage zzgl. Ausgabeaufschlag entspricht.

**Weitere Hinweise**

Alle Zahlungseingänge unterliegen der Verfügungskontrolle durch die Verwahrstelle Rödl AIF Verwahrstelle GmbH Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg. Einzahlungen dürfen grundsätzlich nur durch den Anleger erfolgen. Einzahlungen Dritter können grundsätzlich nicht akzeptiert werden.

## **Geschäftsbedingungen im Rahmen der Beauftragung von Rödl Langford de Kock LP zur Erstellung und Einreichung der US-Einkommensteuererklärungen für Steuer- ausländer der USA (Form 1040NR) und zur Abwicklung der US-Einkommensteuererstattungen im Überweisungsverfahren bzw. im Scheckverfahren**

**Rödl Langford de Kock LP**  
**Accountants & Tax Consultants**  
303 Peachtree Center Avenue, Suite 600  
Atlanta, GA 30303  
USA

### **US-Einkommensteuererklärungen**

Mit der Beauftragung bevollmächtigt der Anleger Rödl Langford de Kock LP die Erstellung seiner US-Einkommensteuererklärungen (Bund und Bundesstaaten) in seinem Namen und Auftrag zu veranlassen und bei den US-Finanzbehörden einzureichen. Der Anleger erklärt sich damit einverstanden, dass Rödl Langford de Kock LP seine Vorjahressteuererklärungen und sonstige US-steuerlich relevante Daten, Dokumente und Informationen von den US-Finanzbehörden, dem vorherig beauftragten Steuerberater oder von Emissionshäusern anderer US-Fonds, an denen er beteiligt ist, einholt. Ferner bevollmächtigt der Anleger Rödl Langford de Kock LP in Übereinstimmung mit IRS Code Section 7216 und dessen Bestimmungen steuerliche Unterlagen elektronisch zu erhalten.

Der Anleger bestätigt weiter, dass er zur Kenntnis genommen hat, dass eine Erstattung bzw. Anrechnung der ggf. einbehaltenen US-Quellensteuern bzw. Steuervorauszahlungen nur nach Abgabe der jährlichen US-Einkommensteuererklärungen (Bund und Bundesstaaten) erfolgt, und dass ihm bekannt ist, dass in den USA nur eine Steuererklärung (pro Steuerbehörde des Bundes und der Bundesstaaten) eingereicht werden darf. Der Anleger bestätigt des Weiteren, dass er Rödl Langford de Kock LP mit der Erstellung seiner US-Steuererklärungen beauftragt hat, sofern die Beauftragung nicht bis zum 15. April des jeweils auf das maßgebliche Steuerjahr folgenden Jahres schriftlich per Brief, Fax oder Email gegenüber Rödl Langford de Kock LP gekündigt wird. Rödl Langford de Kock LP behält sich ebenfalls das Recht vor, die Beauftragung fristgerecht zum 15. April des jeweils auf das maßgebliche Steuerjahr folgenden Jahres zu kündigen. Des Weiteren verpflichtet sich der Anleger, Änderungen der US-steuerlich relevanten Daten unverzüglich Rödl Langford de Kock LP mitzuteilen. Dem Anleger ist bewusst, dass es letztlich in seiner eigenen Verantwortung liegt, sicherzustellen, dass Rödl Langford de Kock LP sämtliche zur Erstellung der US-Steuererklärung notwendigen Daten und Dokumente rechtzeitig und vollständig erhält.

Rödl Langford de Kock LP behält sich das Recht vor, eine nicht vollständige US-Steuererklärung einzureichen, sollten die externen Steuerdokumente nicht bis zum 15. November des jeweils auf das maßgebliche Steuerjahr folgenden Jahres eingegangen sein. Bei Änderungen der Geschäftsbedingungen oder der Gebühren wird der Anleger rechtzeitig informiert.

### **Hinweise zur Einzugsermächtigung**

Mit der Beauftragung erklärt der Anleger sich damit einverstanden, dass Rödl Langford de Kock LP die für seine US-Steuerklärung(en) anfallenden Steuerberatungsgebühren sowie eventuell offene Gebühren aus Vorjahren gemäß der festgesetzten Gebührenstruktur per Lastschrift von seinem Bankkonto in Euro einzieht. Rödl Langford de Kock LP kann dies entweder direkt, durch die Rödl Treuhand Hamburg GmbH Steuerberatungsgesellschaft oder durch eine andere Gesellschaft, die hierzu von Rödl Langford de Kock LP beauftragt wurde, vornehmen.

Vor Einzug der Gebühren wird der Anleger rechtzeitig über das Belastungsdatum sowie über die Höhe des Belastungsbetrages unter Angabe von Gläubiger-ID und Mandatsreferenz schriftlich informiert.

Grundsätzlich ist eine Beauftragung von Rödl Langford de Kock LP für das jeweilige Steuerjahr erst dann erfolgt, wenn die Basisgebühr für das jeweilige Steuerjahr vom Konto des Anlegers abgebucht und das achtwöchige Widerspruchsrecht abgelaufen ist. Sollte Rödl Langford de Kock LP eine Rücklastschrift erhalten, wird dies als fehlende Zahlungsbereitschaft bzw. Zahlungsfähigkeit des Anlegers verstanden. Bankgebühren, die durch eine etwaige Rücklastschrift entstehen, hat der Anleger in diesem Fall an Rödl Langford de Kock LP zu erstatten.

### **Abwicklung der US-Einkommensteuererstattungen**

US-Einkommensteuererstattungen erfolgen durch den Bund sowie etwaige Bundesstaaten, in denen Investitionen getätigt wurden. Einem Anleger, der die US-Steuerberatungsgesellschaft Rödl Langford de Kock LP mit der Erstellung seiner US-Einkommensteuererklärungen beauftragt, stehen zur Erstattung seiner US-Steuern des Bundes und ggf. der Bundesstaaten zwei alternative Verfahren zur Auswahl:

- Überweisungsverfahren
- Scheckverfahren

Rödl Langford de Kock LP wird den einzelnen Erstattungsbetrag automatisch mit dem aus der betreffenden Steuererklärung des Anlegers resultierenden Steuererstattungsbetrag verglichen.

### **Beauftragung zur Abwicklung der US-Einkommensteuererstattungen im Überweisungsverfahren**

Das Überweisungsverfahren wird in dem Treuhandvertrag („Escrow-Agreement“) der Ornstein-Schuler Escrow LLC vom 22. April 2020 ausführlich erläutert werden und wird hier daher nur kurz zusammengefasst:

Durch Ankreuzen der Option „per Überweisung auf mein Konto“ und Unterzeichnung des Treuhandvertrages, („Escrow-Agreement“) vom 22. April 2020, der zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung gestellt wird, bevollmächtigt der Anleger die Ornstein-Schuler Escrow LLC, seine US-Steuererstattungen (Bund und Bundesstaaten) per USD-Scheck zu erhalten und als Treuhänder für ihn auf ein zweckgebundenes Treuhandkonto einzuzahlen. Von diesem Treuhandkonto wird der Steuererstattungsbetrag auf das vom Anleger bestimmte, auf seinen eigenen Namen lautende Bankkonto überwiesen, sofern der durchgeführte Test gegen die US-Embargoliste oder gegen andere geltende Embargo-Listen dieses nicht verbietet. Die Embargo-Listen sind vom Office of Foreign Assets Control des US-Departments of Treasury erstellte Listen mit Namen von Firmen oder Personen, die aufgrund nationaler Entscheidungen der US-Behörden im Handel mit den USA einer Überwachung unterliegen und/oder mit einem Embargo belegt sind.

Die Treuhandgebühren für dieses Verfahren, die weiter unten dargestellt sind, werden vom Steuererstattungsbetrag direkt in Abzug gebracht. Der Überweisungsbetrag ergibt sich somit aus der Differenz zwischen dem Steuererstattungsbetrag, den Treuhandgebühren sowie etwaigen Gebühren durch die Empfängerbank. Im Fall von Rücküberweisungen wegen bspw. fehlerhaft bereitgestellter Bankverbindungen hat der Anleger die zusätzlichen Bankgebühren zu tragen. Bei allen Steuererstattungen, die nicht erfolgreich auf das Bankkonto des Anlegers überwiesen werden konnten und nicht innerhalb von 60 Tagen korrigiert wurden, ist die Ornstein-Schuler Escrow LLC berechtigt, einen USD-Scheck abzüglich aller entsprechenden Gebühren für den Anleger auszustellen. Der USD-Scheck wird dem Anleger anschließend per Post zugesandt.

Die Ornstein-Schuler Escrow LLC arbeitet die Überweisungen im normalen Geschäftsverlauf ab. Ein Anspruch auf eine Weiterleitung innerhalb einer bestimmten Frist besteht nicht. Der normale Geschäftsverlauf ist u.a. dadurch geprägt, dass die Höhe des Steuererstattungsbetrages von Rödl Langford de Kock LP vor Auszahlung gegen die abgegebene US-Steuererklärung geprüft wird und dass die Steuererstattungen der Anleger blockweise zur Verminderung von Ablaufkosten abgearbeitet werden. Während der Bearbeitungszeit auftretende positive wie negative Wechselkurschwankungen werden dem jeweiligen Anleger zugerechnet.

Rödl Langford de Kock LP weist darauf hin, dass das Überweisungsverfahren hinsichtlich der US-Einkommensteuererstattungen aufgrund gesetzlicher Änderungen seitens der US-Finanzbehörde jederzeit geändert werden kann, mit der Konsequenz, dass der Anleger trotz Teilnahme am Überweisungsverfahren einen USD-Scheck erhält.

### **Gebühren bei etwaigen Steuererstattungen im Überweisungsverfahren**

Sollten sich die hier genannten Gebühren ändern, werden wir Sie vorab entsprechend informieren.

- USD 9 Treuhandgebühr für jeden von der US-Steuerbehörde eingehenden USD-Scheck, der auf das Treuhandkonto der Ornstein-Schuler Escrow LLC eingezahlt wird
  - Gebührenfreie Überweisung an den Anleger (Deutsches Bankkonto)
- Bitte beachten Sie, dass eventuell Gebühren durch die Empfängerbank anfallen können

### **Beauftragung zur Abwicklung der US-Einkommensteuererstattungen im Scheckverfahren**

Die Steuererstattungen erfolgen mittels USD-Schecks der US-Finanzbehörden (Bund und jeweilige Bundesstaaten). Durch Ankreuzen der Option zum Erhalt der Steuererstattung per USD-Scheck beauftragt der Anleger Rödl Langford de Kock LP (USA), in seinem Namen und Auftrag seine US-Einkommensteuererstattung(en) im Scheckverfahren zu beantragen. Der einzelne Steuererstattungsscheck des Bundes und des Bundesstaates wird per Post von den Finanzbehörden an Rödl Langford de Kock LP übersandt. Nach Überprüfung der Beträge werden die Schecks an die Anleger weitergeleitet.

Um einem Missverhältnis zwischen Bankgebühren und der Höhe der Steuererstattung vorzubeugen, wird Rödl Langford de Kock LP im Rahmen der Abgabe der US-Steuererklärungen des Anlegers ggf. bei den US-Finanzbehörden beantragen, Steuererstattungen unter einem Betrag von USD 100 auf das nächste Jahr vorzutragen. Die US-Finanzbehörden sind an diesen Antrag allerdings nicht gebunden und können nach eigenem Ermessen trotzdem die Steuererstattung per Scheck auszahlen.

### **Haftungsausschluss bei Fahrlässigkeit**

Der Anleger stimmt zu, dass er im Falle irgendwelcher Ansprüche gegen uns im Zusammenhang mit Fahrlässigkeit oder sonstigem Fehlverhalten auf jegliche Ansprüche auf Strafschadensersatz oder Mehrfachschadensersatz verzichtet, unerheblich, auf welcher rechtstheoretischen Begründung derartige Schadensersatzansprüche beruhen könnten. Der Anleger stimmt außerdem zu, dass unsere maximale Haftung ihm gegenüber für jegliche im Zuge unserer Leistungserbringung begangenen Fehler oder Unterlassungen in keinem Fall den Betrag unserer Vergütung übersteigt, es sei denn, diese Fehler oder Unterlassungen sind auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz unsererseits zurückzuführen.

### **Elektronische Datenkommunikation und Speicherung durch sowie Einsatz von externen Dienstleistern**

Zur Erleichterung der Erbringung unserer Leistungen an den Anleger können wir per Fax kommunizieren, Daten über das Internet versenden, elektronische Daten über im Internet remote gehostete Softwareanwendungen speichern, oder Zugang zu Daten gewähren, und zwar jeweils über sichere Zugangsportale oder Clouds von externen Dienstleistern. Elektronische Daten, die für den Anleger vertrauliche Daten darstellen, können unter Anwendung dieser Methoden übertragen und gespeichert werden. Wir sind befugt, externe Dienstleister für die Speicherung oder Übermittlung derartiger Daten einzusetzen, dies gilt zum Beispiel für Anbieter von Software zur Vorbereitung von Steuererklärungen. Bei der Nutzung dieser Datenkommunikations- und Speichermethoden ergreifen wir Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit. Wir unternehmen angemessene Anstrengungen, um derartige Kommunikationswege und Datenzugänge in Übereinstimmung mit unseren Verpflichtungen gemäß dem anwendbaren Recht sowie unseren Berufsstandards sicher zu gestalten. Außerdem verlangen wir von allen unseren externen Dienstleistern dasselbe. Des Weiteren stimmt der Anleger der Nutzung und Speicherung dieser Daten durch die Investmentgesellschaft, dem Initiator oder dessen Tochtergesellschaften, die möglicherweise durch die Investmentgesellschaft eingesetzte Treuhandkommanditistin sowie der Rödl Treuhand Hamburg GmbH Steuerberatungsgesellschaft und Rödl Langford de Kock LP zu.

Der Anleger ist sich dessen bewusst und akzeptiert, dass wir keinerlei Kontrolle über ein eventuelles unbefugtes Abfangen oder die Kompromittierung jeglicher Kommunikationsmittel oder Daten haben, sobald die betreffenden Daten versendet wurden oder es diesbezüglich zu einem unberechtigten Zugriff kam, und zwar ungeachtet jeglicher angemessenen, von uns oder unseren externen Dienstleistern ergriffenen Sicherheitsmaßnahmen. Der Anleger stimmt zu, dass wir im Rahmen dieser Mandatierung entsprechende elektronischen Geräte und Anwendungen nutzen und vertrauliche Mandanteninformationen an externe Dienstleister übermitteln.

### **Aufbewahrung von Aufzeichnungen**

Die Vorgaben unserer Vorschriften zur Aufbewahrung von Aufzeichnungen verpflichten uns, falls erbeten jegliche Originalaufzeichnungen und Dokumente zurückzugeben, die uns bei Abschluss dieses Mandats übergeben wurden. Die Anlegeraufzeichnungen sind die Ursprungsbelege, die zur Erstellung der Steuererklärungen verwendet werden. Unsere eigenen Aufzeichnungen und Dateien sind unser Eigentum, sie sind kein Ersatz für die eigenen Aufzeichnungen des Anlegers. Eine Kopie unserer Vorschriften zur Aufbewahrung von Aufzeichnungen kann auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Wir vernichten unsere Mandatsdaten und Arbeitspapiere nach einem Zeitraum von sieben Jahren. Katastrophenevents oder physischer Verfall können dazu führen, dass unsere Aufzeichnungen bereits vor Ablauf dieser Aufbewahrungsfrist nicht mehr zur Verfügung stehen.

### **Salvatorische Klausel**

Falls irgendeine Bestimmung der vorliegenden Vereinbarung für ungültig oder nicht durchsetzbar erklärt wird, so führt dies nicht dazu, dass die übrigen Bestimmungen ungültig werden.

### **Gesamtheit der Vereinbarungen**

Die Beauftragungsunterlagen und jegliche Anlagen dazu stellen die Gesamtheit der Vereinbarungen der Parteien dar und ersetzen jegliche früheren mündlichen oder schriftlichen Absprachen und Vereinbarungen zwischen den Parteien. Jegliche Änderungen müssen schriftlich erfolgen und von beiden Parteien unterzeichnet werden.

### **Datenschutzrichtlinie**

Siehe: <https://www.roedl.us/privacy>

### **Rechtswahl und Gerichtsstand**

Jegliche Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der vorliegenden Vereinbarung unterliegen dem Recht des Bundesstaates Georgia. Gerichtsstand ist Atlanta, Georgia, USA. Eine Gerichtsbarkeit in Deutschland ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Bei Fragen rufen Sie uns gerne an: **030 2757764-50**

---

## Besondere Hinweise für geschlossene Investmentvermögen (AIF)

### 1. Generelle Risiken von geschlossenem Investmentvermögen (AIF)

Die Beteiligung an einem geschlossenen Investmentvermögen ist ein langfristiges Engagement in Sachwerte. Das Ergebnis und der Erfolg der Beteiligung hängen dabei von einer Vielzahl von Faktoren, z.B. von Markteinflüssen ab. Die Art der Investition ist deshalb mit erheblichen Risiken verbunden und eignet sich nur für risikobewusste Anleger. Zudem sollte eine Investition nur im Rahmen einer Beimischung in ein Anlageportfolio erfolgen. Nachfolgend werden allgemeine mit einer Anlage verbundene Risiken aufgeführt, die nicht abschließend sind.

Für weitere Informationen zu den Grundlagen, wirtschaftlichen Hintergründen, Chancen und Risiken wird vielmehr auf die Basisinformationen über geschlossene Investmentvermögen, die auf unserer Webseite [www.fondsdiscount.de/basisinformationen/](http://www.fondsdiscount.de/basisinformationen/) zum Download zur Verfügung stehen und die Angaben im Verkaufsprospekt verwiesen.

Folgende strukturelle Risiken müssen bei einer Beteiligung an einem geschlossenen Investmentvermögen in jedem Fall einkalkuliert werden:

#### 1. Mangelnde Fungibilität:

Für Anteile an geschlossenen Investmentvermögen besteht kein der Wertpapierbörse vergleichbarer Zweitmarkt. Eine vorzeitige Veräußerung über den Zweitmarkt ist zwar grundsätzlich möglich, aber anders als bei Wertpapieren nur eingeschränkt. Da auch eine vorzeitige Kündigung in der Regel nicht möglich ist, geht der Anleger eine langfristige Bindung ein.

#### 2. Totalverlustrisiko:

Es besteht das Risiko eines Teil- oder Totalverlustes des eingesetzten Kapitals.

#### 3. Fremdfinanzierungsrisiken:

Die ohnehin bestehenden Verlustrisiken steigen erheblich, wenn die Beteiligung vom Anleger auf Kredit fremdfinanziert wird. Aufgrund des mit einer Kreditaufnahme verbundenen Hebeleffektes verstärken sich die negativen Auswirkungen einer wirtschaftlich ungünstigen Entwicklung der Beteiligung. Insbesondere von einer Kreditfinanzierung eines AIF ist daher abzuraten.

Eine ausführliche Darstellung der vorgenannten sowie weiteren Risiken sind dem Emissionsprospekt zu entnehmen, dessen sorgfältige Lektüre unbedingt empfohlen wird. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Smartbroker AG die Richtigkeit und Vollständigkeit der Prospektangaben, die Bonität des Kapitalsuchenden sowie die Plausibilität des Anlagekonzepts nicht überprüft hat.

### 2. Kosten

Mit dem Erwerb von geschlossenem Investmentvermögen fallen Kosten an, z.B. für Management, Verwaltung, Vertrieb, Vermarktung, Prospekterstellung und -prüfung, rechtliche und steuerliche Beratung. Diese Kosten, welche direkt oder indirekt von Ihnen und anderen Anlegern zu tragen sind, beschränken das potenzielle Wachstum Ihrer Anlage. Einzelheiten hierzu, insbesondere die genaue Höhe und Aufteilung dieser Kosten, sind im separaten Dokument Kosteninformationen dargestellt.

Zudem besteht die Möglichkeit, dass im Zusammenhang mit der Investition für Sie weitere, individuelle Kosten und Steuerverbindlichkeiten entstehen.



Bei Fragen rufen Sie uns gerne an: 030 2757764-00

---

### **Grundsätze zur Vermeidung von Interessenkonflikten (Conflicts of Interest Policy)**

Geldanlage ist Vertrauenssache. Das beginnt bei der Wahl Ihres persönlichen Betreuers oder Vermittlers und endet bei der Auswahl der Abwicklungsstelle für die gewünschte Finanzdienstleistung. Wie bei nahezu allen Geschäftsaktivitäten, d. h. auch in anderen Branchen und Unternehmen, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass Interessenkonflikte anzutreffen sind. Zwar sind alle beteiligten Personen um Objektivität bemüht, es können aber immer wieder unterschiedliche Interessenlagen aufeinander treffen. Das Geschäftsmodell der Smartbroker AG besteht in einem qualitativ hochwertigen Angebot von kostengünstigen Finanzdienstleistungen zur Abwicklung des Kaufs und Verkaufs von Finanzprodukten. Hierbei wendet sich die Smartbroker AG nur an gut informierte oder erfahrene Anleger und leitet lediglich Aufträge des Kunden an Fonds- und Produktanbieter weiter. Es handelt sich um eine beratungsfreie Dienstleistung. Die Smartbroker AG erbringt keine individuelle Anlageberatung und gibt insbesondere keine an den persönlichen Verhältnissen des Kunden ausgerichtete Anlageempfehlung ab. Sie als Kunde erwarten von uns einen angemessenen Umgang mit Interessenkonflikten. Dies entspricht auch unserem eigenen Anspruch an unsere Tätigkeit sowie unserem Verständnis von einer guten Kundenbeziehung. In Übereinstimmung mit den Vorgaben des Wertpapierhandelsgesetzes informieren wir Sie daher nachfolgend über unsere Vorkehrungen zum Umgang mit diesen Interessenkonflikten.

Ein Interessenkonflikt liegt vor, wenn die Erbringung der Wertpapierdienstleistung einen potentiellen Vorteil für die eine Seite und gleichzeitig einen potentiellen Nachteil für Sie als Kunden beinhaltet. Interessenkonflikte können in den Beziehungen zwischen dem Kunden und der Smartbroker AG, einem Mitarbeiter der Smartbroker AG bzw. dem Vermittler oder einem verbundenen Unternehmen auftreten.

### **Interessenkonflikte können sich insbesondere ergeben:**

- aus finanziellen und unternehmerischen Interessen unseres Instituts (Gewinnerzielungsabsicht)
- durch Eigengeschäfte unseres Instituts (nach Lizenzenerweiterung)
- bei Erhalt von Zuwendungen (z. B. Vertriebs- und Vertriebsfolgeprovisionen) von Dritten im Zusammenhang mit Wertpapierdienstleistungen oder sonstigen Anlagegeschäften, die wir für Sie erbringen sofern diese nicht an Sie ausgekehrt werden;
- bei Gewähr von Zuwendungen an unsere Mitarbeiter und Vermittler;
- durch erfolgsbezogene Vergütungen von unseren Mitarbeitern und Vermittlern;
- aus Beziehungen unseres Instituts mit Emittenten von Finanzinstrumenten oder sonstigen Kapitalanlagen;
- aus persönlichen Beziehungen unserer Mitarbeiter oder der Geschäftsleitung oder der mit diesen verbundenen Personen;
- bei der Mitwirkung der vorgenannten Personen in Aufsichts- oder Beiräten von Unternehmen oder
- durch Erlangung von Informationen, die nicht öffentlich bekannt sind.

Um möglichst zu vermeiden, dass sachfremde Interessen die Auftragsausführung beeinflussen, haben wir uns und unsere Mitarbeiter auf die Regeln des WpHG verpflichtet. Wir erwarten jederzeit Sorgfalt und Redlichkeit, rechtmäßiges und professionelles Verhalten und insbesondere immer die Beachtung des Kundeninteresses. Eine Verringerung des Interessenkonfliktpotenzials folgt zudem aus dem Umstand, dass wir keine Anlageberatung erbringen und unsere Mitarbeiter strengstens angehalten sind, sich auch nur subjektiven Bewertungen zu den über die Smartbroker AG erhältlichen Finanzinstrumenten zu entziehen. Bei der Smartbroker AG haben wir zudem organisatorische Verfahren zur Wahrung des Kundeninteresses und Regelungen über die Annahme und Gewährung von Zuwendungen getroffen. Insbesondere ist in unserem Hause unter der direkten Verantwortung der Geschäftsleitung eine unabhängige Compliance-Stelle eingerichtet, zu deren zentralen Aufgaben die Identifikation, die Vermeidung und das Management von Interessenkonflikten zählen. Ferner wird seitens unserer Mitarbeiter sichergestellt, dass Ihre Aufträge zeitgerecht ausgeführt werden und Mitarbeitergeschäfte im Rahmen der gesetzlichen Regelungen kontrolliert werden. Wir bei der Smartbroker AG sind der Überzeugung, dass durch unsere internen Abläufe sichergestellt wird, dass keine Benachteiligungen unserer Kunden entstehen. Im Einzelnen ergreifen wir unter anderem folgende Maßnahmen:

- Schaffung organisatorischer Vorkehrungen zur Wahrung der Kundeninteressen z. B. Aufstellung interner Regelungen für persönliche Geschäfte, strenges Verbot des Vor-, Mit- oder Gegenlaufens zu Kundengeschäften
- Weiterleitung von Kundenaufträgen in der Reihenfolge ihres Eingangs an Dritte zum Zwecke der Ausführung
- Regelungen über die Annahme und Gewährung von Zuwendungen sowie die Offenlegung von Existenz, Art und Umfang von Zuwendungen, soweit diese nicht an die Kunden ausgekehrt werden, vor Erbringung der Wertpapierdienstleistung
- Definition von Grundsätzen über die unverzügliche und redliche Ausführung bzw. Weiterleitung von Kundenaufträgen und Dokumentation der Arbeitsabläufe
- Angemessenes, transparentes und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungssystem, welches keine Abhängigkeit von variablen Vergütungsbestandteilen entstehen lässt und keine Anreize zur Eingehung hoher Risiken schafft, keine Erteilung von Vertriebsvorgaben
- Errichtung eines mehrstufigen Produktfreigabeverfahrens unter Einbeziehung der Zielmarktbestimmung, mindestens jährliche Überprüfung der angebotenen Finanzinstrumente
- Fortlaufende, mindestens jährliche Schulung aller Mitarbeiter zum Thema Kapitalmarkt-Compliance, Implementierung eines anonymen Hinweisgebersystems

Wir überprüfen unsere Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten regelmäßig, ggf. werden wir unsere „Conflicts of Interest Policy“ überarbeiten und die geänderte Version veröffentlichen.

(Stand: August 2022, Änderungen vorbehalten)

Bei Fragen rufen Sie uns gerne an: 030 2757764-00

## Informationen zum Unternehmen und den Dienstleistungen der Smartbroker AG sowie zu Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen

Wir freuen uns, dass Sie unser Angebot nutzen möchten. Bevor Sie im Fernabsatz (per Internet, Telefon, E-Mail, Fax oder Briefverkehr) mit uns Verträge abschließen, möchten wir Ihnen nachfolgend einige allgemeine Informationen zu unserem Unternehmen, unseren Dienstleistungen und zum Vertragsschluss im Fernabsatz geben.

### 1. Allgemeine Informationen zum Unternehmen

#### a. Name und Anschrift des Unternehmens

Smartbroker AG  
FondsDISCOUNT.de  
Ritterstraße 11  
10969 Berlin  
Telefon: 030 2757764-00  
Fax: 030 2757764-15  
E-Mail: info@fondsdiscout.de  
Internet: www.fondsdiscout.de

Ust.-ID-Nr.: DE 158076703

#### b. Gesetzlich vertretungsberechtigter Vorstand

Thomas Soltau, Rene Krüger, Uwe Lüders

#### c. Aufsichtsrat

Daniel Berger, Silvia Gromoll, Roland Nicklaus

#### d. Eintragung im Handelsregister

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstraße 31, 10623 Berlin  
Registernummer: HRB 99126 B

#### e. Erlaubnis nach § 15 WpIG

Die Smartbroker AG ist ein von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zugelassenes Wertpapierinstitut und darf neben der Anlagevermittlung (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 WpIG) als Wertpapierdienstleistung die Abschlussvermittlung (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 WpIG) erbringen.

#### f. Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bereich Wertpapieraufsicht  
Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt am Main  
Internet: www.bafin.de

### 2. Rechtsordnung/Gerichtsstand

Für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung gilt deutsches Recht. Es gibt keine vertragliche Gerichtsstandsklausel.

### 3. Kommunikations- und Vertragssprache

Maßgebliche Sprache für das Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden ist Deutsch. Ebenso werden die gesetzlichen Pflichtinformationen und die Widerrufsbelehrung ausschließlich in deutscher Sprache bereitgestellt.

### 4. Kommunikationsmittel/Aufträge

Die Kommunikation mit dem Kunden kann grundsätzlich schriftlich, per E-Mail, per Fax und telefonisch erfolgen. Aufträge kann der Kunde schriftlich/per Fax erteilen. Sofern die Smartbroker AG bei der Auftragserteilung über eines der genannten Kommunikationsmittel nicht erreichbar sein sollte, ist der Kunde verpflichtet, auf ein anderes Kommunikationsmittel auszuweichen.

### 5. Kundeneinstufung

Die Smartbroker AG stuft alle Kunden grundsätzlich als Privatkunden ein und wird damit alle dem Schutz des Kunden dienenden Vorschriften, insbesondere die des Wertpapierhandelsgesetzes, beachten. Eine Heraufstufung zum professionellen Kunden oder zur geeigneten Gegenpartei erfolgt lediglich auf Antrag des Kunden und auch nur dann, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Eine Heraufstufung hat jedoch eine Verringerung des Anlegerschutzniveaus für den Kunden zur Folge. Der Kunde hat daher das Recht, sich jederzeit wieder zum Privatkunden herabstufen zu lassen.

### 6. Aufzeichnung von elektronischer Kommunikation

Als Wertpapierdienstleistungsunternehmen ist die Smartbroker AG gesetzlich verpflichtet, Telefongespräche und elektronische Kommunikation aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen werden 5 Jahre bzw. - bei entsprechender Anweisung der Finanzaufsicht - 7 Jahre gespeichert und stehen in diesem Zeitraum auf Nachfrage zur Verfügung.

### 7. Wichtige Risikohinweise

Anlagegeschäfte sind spezifischen Risiken, welche je nach Art des Finanzinstruments variieren. Der Wert eines Finanzinstruments unterliegt Schwankungen, auf welche die Smartbroker AG keinen Einfluss hat. In der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge sind kein Indikator für zukünftige Erträge oder Wertsteigerungen. Weitere Einzelheiten sind den Verkaufsunterlagen des jeweiligen Finanzinstruments zu entnehmen.

### 8. Ausführungsplätze

Die Smartbroker AG führt selbst keine Wertpapieraufträge durch, sondern leitet solche Aufträge an die Depotbank weiter. Die Ausführungsplätze sind daher bei der betroffenen Depotbank zu erfragen. Aufträge, die sich auf andere Anlagen als Wertpapiere beziehen (z.B. geschlossene Fonds, Direktinvestments), werden von der Smartbroker AG direkt an den Anlageanbieter weitergeleitet.

### 9. Wesentliche Merkmale der erbrachten Dienstleistungen

Die Smartbroker AG vermittelt als Discount-Broker Anlagegeschäfte und Wertpapierdepots. Es handelt sich um eine beratungsfreie Finanzdienstleistung, welche sich auf die Weiterleitung von Anlageaufträgen oder Depotöffnungsanträgen aufgrund eines hierfür geschlossenen Vermittlungsvertrages beschränkt. Demgegenüber erfolgt weder eine individuelle Aufklärung zu einzelnen Anlagen noch eine Prüfung, ob diese für den Kunden geeignet sind.

### 10. Entgelte und sonstige Kosten

Die Smartbroker AG stellt dem Kunden in der Regel kein gesondertes Entgelt für erbrachte Dienstleistungen in Rechnung.

Gleichwohl ist zu beachten, dass mit der Investition in Finanzinstrumente Kosten verbunden sind. Einzelheiten hierzu sind den Verkaufsunterlagen und den gesonderten Kosteninformationen zu dem jeweiligen Finanzinstrument zu entnehmen.

### 11. Zusätzliche Telekommunikationskosten

Eigene Kosten (z.B. für Telefongespräche) hat der Kunde selbst zu tragen. Darüber hinaus fallen keine zusätzlichen Telekommunikationskosten an.

### 12. Informationen über das Zustandekommen des Vermittlungsvertrages

Der Kunde gibt gegenüber der Smartbroker AG ein ihn bindendes Angebot auf Abschluss des Vermittlungsvertrages ab, indem er den unterzeichneten Antrag auf Abschluss des beabsichtigten Anlagegeschäfts oder des Depots an die Smartbroker AG übermittelt. Der Vermittlungsvertrag kommt zustande, wenn die Smartbroker AG das Angebot des Kunden durch gesonderte Annahmestätigung oder durch Weiterleitung des Antrags auf Abschluss des beabsichtigten Anlagegeschäfts/Depots an den Anlageanbieter bzw. die Depotbank annimmt. Für den Vermittlungsvertrag steht dem Kunden ein gesetzliches Widerrufsrecht zu. Einzelheiten sind der nachstehenden Widerrufsbelehrung zu entnehmen.

### Einlagensicherung

Die Smartbroker AG ist nicht berechtigt, sich Besitz oder Eigentum an Geld oder Wertpapieren oder anderen Vermögensgegenständen des Kunden zu verschaffen. Sollte die Smartbroker AG bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen entgegen gesetzlicher Vorschriften Gelder oder Wertpapiere entgegennehmen und dann nicht mehr in der Lage sein, die Gelder oder Wertpapiere an den Kunden zurückzugeben, sind die Gelder oder Wertpapiere nach folgenden Maßgaben des Anlegerentschädigungsgesetzes (AnlEntG) gesichert: Die Smartbroker AG gehört der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), Charlottenstraße 33/33 a, 10117 Berlin, einem bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau eingerichteten, nicht rechtsfähigen Sondervermögen des Bundes, an. Der Entschädigungsanspruch des Kunden richtet sich nach Höhe und Umfang seiner Einlagen oder der ihm gegenüber bestehenden Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften bei Eintritt des Entschädigungsfalles unter Berücksichtigung etwaiger Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte der Smartbroker AG. Der Entschädigungsanspruch besteht nur, soweit Einlagen oder Gelder auf die Währung eines EU-Mitgliedstaates oder auf Euro laufen. Weitere Ausnahmen sind in § 4 AnlEntG geregelt. Der Entschädigungsanspruch ist pro Gläubiger (Kunde) der Höhe nach auf 90 vom Hundert (90 Prozent) der Einlagen und den Gegenwert von 20.000 Euro sowie 90 vom Hundert (90 Prozent) der Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften und den Gegenwert von 20.000 Euro begrenzt. Bei der Berechnung der Höhe des Entschädigungsanspruches sind der Betrag der Einlagen und Gelder und der Marktwert der Finanzinstrumente bei Eintritt des Entschädigungsfalles zugrunde zu legen. Der Entschädigungsanspruch umfasst auch die bis zu seiner Erfüllung entstandenen Zinsansprüche im Rahmen der genannten Obergrenze des Entschädigungsanspruches. Die Obergrenze bezieht sich auf die Gesamtforderung des Kunden gegen die Smartbroker AG, unabhängig von der Zahl der Konten, der Währung und dem Ort, an dem die Konten geführt oder die Finanzinstrumente verwahrt werden. Bei Gemeinschaftskonten ist für die Obergrenze der jeweilige Anteil des einzelnen Kontoinhabers maßgeblich. Fehlen besondere Bestimmungen, so werden die Einlagen, Gelder oder Finanzinstrumente zu gleichen Teilen den Kontoinhabern zugerechnet. Hat der Kunde für Rechnung eines Dritten gehandelt, ist für die Obergrenze auf den Dritten abzustellen. Die Entschädigung kann in Euro geleistet werden. Die Entschädigung nach dem AnlEntG deckt keine Ansprüche auf Schadenersatz wegen Beratungsverschulden, mangelnder Aufklärung, weisungswidriger Auftragsausführung, Fehl- oder Falschinformation und sonstiger Vertragsverletzungen.

Bei Fragen rufen Sie uns gerne an: **030 2757764-00**

## Widerrufsbelehrung

### Abschnitt 1 Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung **innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen**. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen** auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben. **Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs**, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Smartbroker AG  
Ritterstraße 11  
10969 Berlin  
Telefax: 030 2757764-15  
Email: info@fondsdiscout.de

### Abschnitt 2 Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität des Unternehmers; anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung;
2. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde;
3. zur Anschrift  
die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;
4. die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt;
5. den Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht;
6. gegebenenfalls zusätzlich anfallende Kosten sowie einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden;
7. den Hinweis, dass sich die Finanzdienstleistung auf Finanzinstrumente bezieht, die wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet sind oder deren Preis Schwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat, und dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge sind;
8. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;
9. alle spezifischen zusätzlichen Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat, wenn solche zusätzlichen Kosten durch den Unternehmer in Rechnung gestellt werden;
10. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrunde liegende Vorschrift: § 357b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
11. die Mindestlaufzeit des Vertrags, wenn dieser eine dauernde oder regelmäßig wiederkehrende Leistung zum Inhalt hat;
12. die vertraglichen Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen;
13. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Unternehmer der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;
14. eine Vertragsklausel über das auf den Vertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;
15. die Sprachen, in denen die Vertragsbedingungen und die in dieser Widerrufsbelehrung genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in denen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des Verbrauchers die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen;

16. den Hinweis, ob der Verbraucher ein außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und gegebenenfalls dessen Zugangsvoraussetzungen;

### Abschnitt 3 Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs sind die **beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden.** Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

### Ende der Widerrufsbelehrung